

**Betreff:**

Demokratie bewahren und schützen  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 09.09.2020 -

**Antragstext:**

Weltweit wurden bereits über 26 Millionen Menschen mit dem Corona-Virus infiziert; fast 900.000 Personen sind bereits an der Krankheit verstorben. Mit rund 250.000 Infizierten und ca. 9.000 Toten ist die Corona-Pandemie in Deutschland im internationalen Vergleich bisher relativ glimpflich verlaufen. Dies ist auf das entschiedene Handeln der staatlichen Stellen und des öffentlichen Gesundheitsdienstes in unserem Land zurückzuführen. Nur so konnten dramatische Zustände wie insbesondere in Norditalien und Spanien vermieden werden, wo aufgrund rasant steigender Infektionen und mangelnder Ressourcen der Gesundheitssysteme Kranke nicht mehr adäquat behandelt werden und deshalb zu Tausenden sterben mussten.

Selbst wenn in der Anfangszeit des Pandemie-Geschehens rückblickend auch in Deutschland nicht alles optimal gehandhabt und geregelt worden sein mag, war doch ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens über die getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung festzustellen. In letzter Zeit stoßen die Schutz- und Hygienemaßnahmen aber auf zahlreiche Kritiker, die sich in Bewegungen formieren und zunehmend Proteste sowie Demonstrationen initiieren.

Die Vorfälle des letzten August-Wochenendes 2020, unter anderem vor dem Berliner Reichstag, ziehen weitreichende Kreise und haben ein großes Echo in den Medien hervorgerufen. Der Polizei ist es oft kaum noch möglich, an allen Brennpunkten gleichzeitig zu sein, um gesellschaftliche Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Geschehnisse wie in Berlin und in anderen Städten belegen ein tiefes Misstrauen gegen unsere Demokratie und bedrohen diese. Dem gilt es Einhalt zu gebieten und entschieden entgegenzutreten. Hierzu sind wir alle, sowohl die Gesellschaft als auch die Politik, in die Pflicht zu nehmen. Nur gemeinsam können wir die Pandemie überstehen und größeren Schaden abwenden, wenngleich das bedeutet, Einzel- und Partikularinteressen vorübergehend - im Zeichen der Solidarität - zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hat volles Vertrauen in die Tätigkeit des Wiesbadener Verwaltungsstabes und der gesamten Fachverwaltung, das örtliche Pandemie-Geschehen zu bekämpfen und negative Folgen für die Bevölkerung möglichst zu verhindern oder zumindest zu verringern.
2. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen städtischen Mitarbeitern, welche ihren Beitrag im Rahmen der Krisenbewältigung geleistet haben bzw. noch leisten, und bittet den Magistrat, diesen Dank in geeigneter Form den Mitarbeitern auszurichten.
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie das Risiko eingeschätzt wird, dass in Wiesbaden Ausschreitungen wie in Berlin und anderen Städten vorkommen, und wie diese von den zuständigen Behörden verhindert werden könnten bzw. wie darauf sachgerecht reagiert würde.
4. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Elemente der zivilen Demokratieerziehung seiner Meinung nach initiiert bzw. gefördert werden müssten, um die Verantwortungsbereitschaft der Menschen zu stärken und so vor allem bei den betroffenen Gesellschaftsgruppen wieder ein ausgeprägteres Demokratieverständnis zu erreichen.

Antrag Nr. 20-F-02-0017  
CDU

---

Wiesbaden, 09.09.2020

Dr. Bernd Wittkowski  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU)

Gunnar Koerd  
Fraktionsgeschäftsführer  
(CDU)